Ercheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementpreis monatlich 50 s. Viertel 1.50 s. jährlich 5.00 s. Durch die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beschaffbar, kostet monatlich 10 s., vierteljährlich 30 s.

Die Neue Welt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Desslich-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Postkammer rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshaus Halle.

Wotto: für Wahrheit und Recht.

Nr. 146.

Freitag den 26. Juni 1896.

7. Jahrg.

Bekanntmachungen des Wahlkomitees.

Alle Anstufte in Wahlanglegenheiten werden bis zur Einsetzung eines ständigen Wahlbureaus erteilt von:

- Adolf Albrecht, Barenhandlung, Lindenstraße 53,
- Paul Böttcher, Friseur, Schillerhof 1,
- Chr. Fischer, Restaurateur, Mansfelderstraße 11,
- Hermann Mehnert, Restaurateur, Liebenauerstr. 166,
- Redaktion des Volksblattes, Geißstraße 21,
- Willy Wigdorff, Stiebigenstein, gr. Brunnenstraße 39,
- Georg Zerig, Stiebigenstein, Eigenbrötchenstraße 25.

Von Sonntag den 28. Juni ab findet sich das ständige Wahlbureau im Sandelbar, Nikolaistraße, bei Genosse Großke. Alle Anstufte werden dort erteilt.

Der Magistrat ist bereit, unseren auf dem Lande thätigen Wahlgeschlichen Legitimationen auszustellen, damit ihnen durch die Wahlvorsteher bei der Anwesenheit im Wahllokale während der Wahlhandlung keine Schwierigkeiten entstehen. Die Legitimationen werden Donnerstagabend bei Faulmünners ausgestellt.

Die Broschüre unseres Reichstagskandidaten Gen. Fritz Kunert, Die heilige Kuhne des Militarismus, ist nunmehr bis auf wenige Tausend Exemplare, die schon bestellt sind, vergriffen. Wir empfehlen an ihrer Stelle die gleichfalls von unserem Genossen Kunert verfasste Gedichtsammlung

Soziale Weckrufe.

Sie enthält die schönsten im sozialistischen Sinne geschriebenen Gedichte, ist wiederholt konfiszieren worden und kostet bis zur Wahl in der Volksbuchhandlung Nr. 40 Wf. nur 20 Wf.

Ein Sprüchwort mit Variationen.

Bekannt ist das Wort von Wolf im Schafskleide. Auch die Umkehrung des Bildes, von Schaf im Wolfskleide wird gern und mit Nutzen angewendet. Und da es sich bei den Wortwörter um einen biblischen Vergleich handelt, werden unsere vier Reichstagskandidaten es nicht übernehmen, wenn wir versuchen, auf ihre politische Stellung das erwähnte Sprüchwort mit der alten Variation und zwei neuen Variationen anzuwenden. Die Gleichnisse sind also bildlich zu verstehen, nicht wörtlich, und hony soit, qui mal y pense! Ein Schelm, der Argus dabei denkt.

Da ist zunächst Herr Schufabrikations-Menschenhändler Käthe. In ertrickender Verlegenheit sah er in seiner ersten Kandidatenrede — später scheint er durch den Bund der Landwirte trainiert, d. h. für das Wahltemperament abgerichtet worden zu sein — sein wirtschaftliches Programm in die Worte zusammen: „Schutz des Mittelstandes vor dem Kapitalismus.“ (Wörtlich aus seiner Kandidatenrede, gehalten am 3. Juni in den Kaiserlichen sa Halle.) Und dieser wichtige Kapitalistenfeind tritt zugleich für die agrarischen Forderungen der Kaniz, Wirbau und Konfieren ein, die lediglich darauf hinausgehen, neue Großkapitalisten unter dem agrarischen Zeile des Ausbeutens zu schaffen. Als Herr Käthe ferner in der erwähnten Veranlassung gefragt wurde, wie er sich zur Aufhebung der Schindordnung stelle, schlopfte er mit einigen verlegenen nichtssagenden Worten — er hätte sonst bei seinen Bekämpfern vom Bunde der Landwirte angeekelt — über die Verantwortung dieser wichtigen Frage hinweg. Das mag genügen. Wenn wir auf ihn unser Sprüchwort anwenden, so kann das weder in seinem ursprünglichen Wortlaut noch in seiner Umkehrung geschehen. Es muß eine neue Variation gebildet werden. Sie lautet: Die Käthe'sche Kandidatur gleicht dem Schafe im Schafskleide.

Da ist weiter Herr Dr. Alex. Meyer, der „zu tabulale“ Kandidat, wie Herr Arndt in seinem Flugblatte sagt. Herr Meyer, der himmelstürmende Liberaler, der in seinen besseren Jahren Monarchien und Throne umkippte wie Kinderpfeilzug — im Kopfe natürlich bloß — ist jetzt ein militärisch-„Bermittlungsmittel“ geworden. Er thut niemandem etwas zuliebe, freilich auch den Arbeitern, die nach einer großartigen Arbeiterhochschulgebung verlangen, nichts zu Liebe. Der gefähliche „Radikale“ ist schon geworden wie ein Kammlein; daß er sich noch freizeilig nennt und vermege, „Jahrbüchlein“ abzugeben, entspricht nicht seinem phlegmatischen Temperament, es ist nur die Wollfahne, die er sich umhängt. Im Grunde seiner Seele ist er ein behäbiger, sanfter Ordnungsmann geworden. Er gleicht dem Schafe im Wolfskleide.

In dritter Stelle warsthiert der Bergat Prof. Arndt auf. Honeiglein anseufzt keinem Arnde; Arbeiterdutz nach allen Krüften hin; niemand hat es so warmes Herz für die Volkstenden als er; fuß, wie Jüder auf der Junge zerfetzt, klingen seine Reden; durch verbindliche Formen wüdt er sich in das Vertrauen der Wähler einzuschmeicheln. In Wahrheit ist er aber ein Wolf. Das ge die gemeine Wahlrecht würde in seiner Hand nicht sicherer aufgehoben sein

wie das Leben eines Fuhns im Fischbau. Als Freilichtkonvention ist er Anhänger der brutalsten, rücksichtslosesten Ausbeuterpolitik. Er würde gleich seinem Freunde Leuschner die Interessen des Unternehmers in einer Weise vertreten, daß den ihm Vertrauten später die Haare zu Berge stehen würden. Seine Feindschaft, seine Sanftheit sind nur die gebräuchliche gesellschaftliche Maske, hinter der er die unverfälschte Kapitalistenseele verbirgt. Herr Arndt ist der Wolf im Schafskleide.

Zuletzt bleibt unser Kunert noch übrig. Frank und frei sagt er, wer er ist, was er denkt und was er will. Wie der Wolf ist er schon in die Gärten der Gegner gebrochen, hat sie aus ihrer sanften Ruhe aufgeweckt, er hat seine Zähne sogar an den gefährlichen Bein des Militarismus gelegt. Er kennt keine Furcht. Seinen Freunden ein Freund, seinen Feinden ein Feind, just, wie es sein soll. Keine verschwommene oder gar hinterhältige Feindschaft mit argen Hintergedanken, keine leeren Redereien, keine bloße Humanitätsbulei; alles ist echt und fest. Das was er sagt, ist das, was er denkt und was er halten will, wenn die Wähler ihn dazu in den Stand setzen. Kunert ist den Gegnern der Wolf im erblühen Wolfskleide.

Unsere Parabel mag es den Wählern erleichtern, für wen sie sich entscheiden. Wenn sie wirklich wollen, daß den hundertfachen Schäden unserer Zeit energisch auf den Leib gerückt wird, so müssen sie, gleichviel ob sie Sozialdemokraten sind oder nicht, einreten für

Redakteur Fritz Kunert

Schöneberg-Berlin.

Deutscher Reichstag.

113. Sitzung vom 24. Juni 1896.

Die zweite Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird beim § 223 fortgesetzt.

§ 223 handelt von der Schadenersatzpflicht der Beamten. Er lautet in der Kommissionsfassung: Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig in einem dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Fällt dem Beamten nur Fahrlässigkeit zur Last, so kann er nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Verletzte nicht auf andere Weise Ersatz zu erwarten vermag. Verletzt ein Beamter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache seine Amtspflicht, so ist er für den daraus entstehenden Schaden nur dann verantwortlich, wenn die Pflichtverletzung mit einer im Wege des gerichtlichen Strafverfahrens zu verhängenden öffentlichen Strafe bedroht ist. Auf eine pflichtwidrige Veranlassung oder Veranlassung der Ausübung des Amtes findet diese Vorschrift keine Anwendung. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Verletzte vorsätzlich oder fahrlässig abgesehen hat, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzumehren. (Wir können heute bei dem außerordentlich starken Andrang anstehenden Stoffen die Verhandlungen nur summarisch wiedergeben.)

Zu einer längeren Debatte, welche einen Zeitraum von fast fünf Stunden in Anspruch nahm, führte der Versuch einiger Konventionellen, Herrn Vorredner, die Kommissionsfassung des § 223 als Vorlage zu wählen, die fakultative Ächtung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wieder einzuführen. Ein geradezu burlesker und das Haus nicht wenig erheitelnder Wechsel fand dabei Abg. Schall in einer Rede gegen Abg. Weibel hervor. Von besonderem Interesse war an der Debatte die zur Sache selbst neue Pläne nicht hat und hier, konnte, eine heftige Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Konventionen und der Umstand, daß auch der Jüdische Teil der konservativen Fraktion in der Frage der Jüdische offen zu Tage trat. Die Abg. Knoor und Schall wurden nämlich von den Abg. Dr. Kropatsch und v. Buchta besontert.

Von sozialdemokratischer Seite begründete Abg. Frohne die Anträge betreffs Haftbarkeit der Beamten. Er führte aus: Die Kommissionsfassung legt die Haftpflicht der Beamten in völlig unzureichender Weise fest, da die subsidiäre Haft, nicht des Staates nicht vorgehen ist. In der ersten Lesung der Kommission wird durch Freistellung, Sozialdemokraten und Zentrum trotz des Einspruchs der Regierung ein Antrag angenommen, der unsern Wünschen entspricht, in der zweiten Lesung hat jedoch der Staatssekretär Wiederstand. Leider mit Erfolg, ich gegen diesen Antrag ausgedrückt, indem er erklärte, daß die verbundenen Regierungen im Fall seiner Annahme auf das ganze Bürgerliche Gesetzbuch verzichten würden. Und doch ist die Grundidee der Regierung keineswegs durchschlagend. Jeder gewöhnliche Stadische ist für den Schaden, den er anrichtet, verantwortlich, ein Beamter muß dies schon aus dem Grunde sein, weil er sonst gar zu sehr zu Fahrlässigkeiten neigt.

Nach einer längeren Rede des Abg. Benzmann gegen die sozialdemokratischen Anträge sagte Staatsd. Welches Armutsgewinn stellt der Abg. Benzmann den Beamten an? Der Richter, der Strafen setzt, der Schneider, der Schuhmacher — sie alle müssen für ihre Arbeit aufkommen, nur bei dem Beamten, der zu Überwachung der Gesehe da ist, sagen Sie, das ginge nicht an. Sie meinen, der Beamte würde zögeln, was? Ja, er wird vorsichtiger und gewissenhafter. Der Beamte muß doch die Gesehe kennen und befolgen. Ist die Unfähigkeit der Beamten so groß, daß man darauf hindrücken müßte, so wird das Bürgerium darunter leiden. Sind die Richter für die Beamten da, oder ist das Umgekehrte der Fall? Es ist eine große Fahrlässigkeit, wenn der Beamte seine Pflichten nicht kennt. Wir verlangen mit unseren Anträgen doch nichts weiter, als was für einen Rechtsstaat nötig ist. Unsere Forderungen sind doch nicht spezifisch sozialdemokratisch. Die prinzipielle Haftung des Staates mag ja zweifelhaft sein, aber über die subsidiäre Haftung kann doch kein Zweifel bestehen. Diese Bestimmung ist auch in der ersten Lesung

Infektionsgebühren beträgt für die 5gepaltem Beitzelle oder deren Raum 1b s. für Wohnungsbau, Vereinen und Bestimmungsgängen 10 s.
Inserate für die 5teilige Nummer müssen spätestens bis vormittags 1/10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7067.

der Kommission in den Entwürfen aufgenommen, und nur durch Zufall, da ein Mitglied des Zentrums und ein Freikonservativer nicht da war, in der zweiten Lesung wieder entfernt worden. Die Einwände des Abg. Benzmann sind nicht durchschlagend. Ueber unseren Antrag zum zweiten Absatz werden wir namentliche Abänderungen beantragen. Schließen Sie den Bürger und gewähren Sie ihm das Gefühl der Sicherheit! Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Neben der sachlichen Verhandlung ging noch eine Geschäftsordnungsdebatte einher über die Frage, ob alle Mitglieder, welche einen Antrag unterstützen, auch verbündlich im Hause anwesend sein müssen. Der Abg. Fr. v. Bodenberg hatte nämlich mit Unterstützung sämtlicher Werten und der Antikonservativen einen Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Knoor-Schall eingebracht. Abg. Gröber hatte erwidert, daß dieser Antrag nicht von allen Abgeordneten, deren Namen darunter stehen, eigenhändig unterschrieben war. Der Abg. Gröber machte sich Aufhebens von dieser Tatsache, wurde aber von den verächtlichsten Seiten, besonders von den Abg. v. Mantuffel, Dr. v. Deuninger und Benzmann dahin belehrt, daß die von ihm gezeigte Praxis bisher immer befolgt wurde, ohne daß jemand daran Anstoß genommen habe. Schließlich wurde die ganze Sache der Geschäftsordnungskommission überlassen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Graf Knoor-Schall mit 196 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Donnerstag Frühung der Beratung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Die Bauernfreundschaft der Junker. Eine überaus bezeichnende Szene spielte sich am Dienstag im Reichstage ab. Während man im Handumdrehen ganze Schock Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs erledigt, entspann sich eine stundenlange Debatte über die — Hakenfrage. Die Bauern sollten gegen die Hakenfrage dadurch geschützt werden, daß den Besitzern der benachteiligten Wälder die Pflicht auferlegt werden sollte, Schadenersatz zu leisten für die Wildschäden. Hiergegen stemmten sich die agrarischen „Bauernfreunde“ mit Händen und Füßen, alles gute Mitglieder des Bundes der Landwirte, der sich so schon auf den Bauernschaft verließ. Ja, einer der Konventionen gab die herrliche Erklärung ab: an der Hakenfrage würde die Rechte das ganze Bürgerliche Gesetzbuch scheitern lassen. Diese Erklärung, welche das deutsche Agrarierium vor ganz Europa in einzigartiger und unzählbarer Weise bloßstellte, machte gleichfalls auf den Zentrums-Lieber einen derartig erschütternden Eindruck, daß er mit dem ganzen ihm zu Gebote stehenden Pathos das nationale Banner entrollte und mit seinem bedarmerten Leib das „große nationale Wert“ vor dem Siege der Haken ab das jauchzende Agrarierium zu sich hin unternahm. Mit „schwerem Herzen“ fiel er um und mit ihm das ganze Zentrum. Den Herren wurde gehörig der Marsch gehalten durch den „bauernfeindlichen“, das „Eigentum zerstörenden“ Sozialdemokraten Solle. Unter Genosse jagte:

Die Haltung der Konventionen ärgert. Wie es mit ihrer Liebe zu Wölfe und namentlich zum Hund der Bauer können sich Herr Gröber hat eine schöne Rede für die Kommissionsbeschlüsse gehalten, und Herr Lieber interpretiert sie nachher ganz anders. Ist denn die ganze Arbeit des Reichstages und seiner Kommission nicht so viel wert als die Gagen? Stehen denn Ihnen (rechts) die Haken höher als das Bürgerliche Gesetzbuch? Dann streifen Sie doch und gehen Sie doch hinaus; es werden immer noch so viele Leute da bleiben, als notwendig sind zur Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Sehr richtig! links.) Wie soll sich der Bauer schlagen dagegen, daß die Haken die Winterfrost vernichten? Die großen Baumkulturbesitzer, die das Geld haben, ihre Baumkulturen einzufriedigen. Die können sich schützen; aber die kleinen Besitzer können sich nicht schützen, die haben in einer Nacht oft einen Schaden von Hunderten von Mark. Wie der Oberförster Dantelmann diese Angelegenheit vertreten kann, die allenfalls ein Kommissionsmitglied aufstellen kann, der hin und wieder einmal auf die Jagd geht, das versteht ich nicht. Daß die Beamten in ihrer Einnahme an der Jagd verweigert werden, ist nicht die Hauptfrage. Von der Einnahme entfallen auf jeden einige Mark, sein Schaden kann aber hundert Mark betragen und wird durch die Erleichterung an Gemeindefürsorge nicht aufgewogen. Die Gärtnere, die auf dem selbe Wälder sind, können sich nicht schützen; denn die Einnahme der kleinen Bäuerlein ist unmaßmäßig und wirtschaftlich auch schädlich. Beim Jüdischengeist ist das Zentrum alle Jahre wieder gekommen, trotzdem die Regierungen sich abwechselnd verhielten; warum fällt das Zentrum jetzt um? Daß die Nationalliberalen untauglich, ist allerdings selbstverständlich.

Der preussische Kronenorden ist Herr Camerasto, Präsident des Deutschen Reiches in Wecken, verliehen worden, der den himmligen Tauf auf Prinz Heinrich und sein „Gefolge“ ausdrückt, auf den Prinz Ludwig von Bayern so prompt autorisiert und der Veranlassung gab zu einer schwer zu verwindenden Disharmonie. — Es wird nun wohl niemand mehr im Zweifel sein können, wie's gemeint war, bemerkt dazu das Pair. Vaterland.

Zu wenig Adel. Neuz jüngere Linie ist in Verlegenheit um einen Staatsminister. Landesminister sollen — man weiß nicht aus welchen Gründen — zu dieser hohen Würde nicht erhaben werden. Zuletzt soll mit einem schließlich an Staatsbeamten hochhabiger Abkunft verhandelt worden sein. Dieser habe aber im Hinblick darauf abgelehnt, daß es zu wenig Adel im Fürstentum Reuß j. L.

gebe. So geschah im letzten Aufzuge des 19. Jahrhunderts und im 26. Jahre des heiligen Deutschen Reichs. **Wiederum ist ein Staatsanwalt zum Richter ernannt worden.** Der erste Staatsanwalt Erwald in Mainz wurde zum Reichsgerichtsrat in Leipzig befördert.

Gegnädigt —! Vor einiger Zeit wurde eine Frau Hauptmann R. aus Charlottenburg wegen unwürdiger Beerdigung der Geburt eines Kindes vom Gericht zu Halberstadt zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Jetzt ist Frau Hauptmann R. begnadigt worden.

Geil! Die Wuppelge Erdfolgefrage beschäftigt bekanntlich seit Jahren die Besten dieses Weltteils und die deutschen Gerichte, da man nicht genau darüber kommen kann, wer nach Ableben des gegenwärtigen Kronträgers der eigentliche von Gott verordnete und angeordnete Landesvater sein soll. Nunmehr ist ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Königs von Sachsen eingesetzt worden, welches die knifflige Frage lösen soll.

Steinadig erweisen sich in erfreulicher Weise die meisten Landtagsabgeordneten von Döbenburg. Sie hatten bekanntlich ihrem Ministerpräsidenten Janzen und Kultusminister Flor ein Manifestum vorgelegt. Das hatte der Großherzog von Italien aus brieflich zurückgewiesen. Nun wollen die Abgeordneten gegen die Zurückweisung eine Protesterklärung auflesen.

Mit einer Schlappe für die Polizei hat der in Eberfeld schwebende Prozeß gendert, in welchem festgestellt werden sollte, ob Kriegervereine auf Anordnung der Polizei Mitglieder anschließen müssen oder nicht. Der Kriegerverein in Darmen wurde verurteilt, die Ausschüsse als vollberechtigte Mitglieder wieder aufzunehmen. Außerdem wurden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Verein, wenn die Ausschüsse als zu Recht bestehend anerkannt werden sollte, den Beweis zu erbringen hätte, daß vollständige Gründe für sein Vorgehen vorliegen, besonders, daß die Ausschüsse zur sozialdemokratischen Partei gehören. Dieser Beweis ist nicht erbracht worden.

Bekanntlich hat der Kriegerverein nicht an eigenem Antriebe, sondern auf Veranlassung der Polizei, Mitglieder angeschloffen. Das von der Polizei beigebrachte Material, durch welches die Zugehörigkeit der Betroffenen zur sozialdemokratischen Partei bewiesen werden sollte, muß sich nach dem Urteilspruch vor Gericht nicht als stichhaltig erweisen haben.

Das Gehändnis eines „Roteibenden“. Die Berl. Volksztg. schreibt: Wenn man die „Roteibenden“ jammern hört, so ruht die größte Rote, die die Hervorbringung der kleinsten Rente, bei dem Waldbesse. Nun aber veröffentlicht der Graf Mirbach, der Hauptführer der opreußischen „Roteibenden“, in der Kreuzzeitung eine Mitteilung zur Erläuterung der bekannten Hypothese- und Goldklausel-Angelegenheit, in welcher er fund und zu wissen thut, er habe während der dreißig Jahre, während er dem „roteibenden“ landwirtschaftlichen Großbetrieb obliegt, seinen Besitz um 8000 Morgen vergrößert und zwar „nicht aus hüerlichei Besitz, sondern aus Gütern und zwar ganz überwiegend aus Wald“. Er hofft bei günstigen Ernteverhältnissen damit fortzuführen.

Da hier wir einen „Roteibenden“ in vollster Lebensgröße! Haben ist nur zweierlei möglich: Entweder als Rebenarten von der zu niedrigen Rente, besonders des Waldbesesses, sind hinsichtlich — andernfalls würde ein so vorzüglicher Landwirt, als welchen sich Graf Mirbach jedenfalls betrachtet, nicht in Laufe von noch nicht einem Menschenalter ein Terrain ankaufen, zehmal so groß, wie der Berliner Zieglergarten; oder aber die Bewagnungen von der ungenügenden Rente des Forstbesesses sind zurettend, dann muß die Einnahme aus dem übrigen Landbesitz des Herrn Grafen eine so enorme sein, daß er sich den Luxus gestatten darf, sozulegen mehr zu seinem Vergnügen als zu seinem Erwerb die achtzigtausend Morgen Waldbesitz zu seinem bisherigen Landbesitz hinzuzufügen. So viel trägt also die opreußische Landwirtschaft! Es ist in der That etwas Herrliches — die „Not der Landwirtschaft“ im Zeitalter der Zuerprämien, Braunwäldchenbesagen und Kornzölle!

Wegen Kaiserbeleidigung angeklagt, aber freigesprochen wurde der 56-jährige Tagelöhner Sol. Klein aus Gehenheim.

Inland.

Belgien. Die Wimmalohn wollte die belgische Deputiertenkammer seiner praktischen Lösung näher führen, indem sie dem Budget des landwirtschaftlichen Ministeriums einen Artikel eintrug, in welchem das Prinzip des Lohnminimums für Arbeiter, welche dem Staat geleistet werden, aufgestellt ist. Dieser Versuch ist an der realistischen Haltung des Senats gescheitert. Wie unterm 18. d. M. aus Brüssel gemeldet wird, hat der Senat den betreffenden Artikel abgelehnt, und die Regierung und die liberal-konservative Rechte der Deputiertenkammer erklären sich bereit, sich der Annahme des Senats über diesen Artikel anzuschließen. Die Erklärung rief einen Tumult teils der Sozialisten hervor. Der Präsident der Kammer schloß kurzgehend die Sitzung. Hierdurch wurden neue Tumulte hervorgerufen, wobei von verschiedenen Seiten heftige Schmähdreden fielen.

Belgien. Die belgische Sozialdemokratie erweist sich bei der diesjährigen Wahlkampagne ganz überaus erfolgreich unter der Wandbewegung. Wie wir einem bürgerlichen Blatte entnehmen, hatten gegenwärtig in der Umgegend von Brüssel, wo noch vor zwei Jahren keine Sozialistenversammlung ohne erhebliche Aufregungen stattfinden konnte, jetzt jeden Sonntag die Volksvereine der Partei Versammlungen, die ganz ruhig verlaufen und sie haben einen kaum gestörten Anfang. Überall sind Volksversammlungen eröffnet worden, sie machen eifrig Propaganda und trotz der Feindschaft der Pastoren und der Behörden sichern sie sich eine dauernde Kundschaf. In Westflandern gewinnt die Bewegung namentlich unter den Landarbeitern großen Umfang, und in Brüssel, wo nicht einmal die liberalen Kandidaten aufstehen wollten, treten jetzt die Sozialisten auf und kämpfen den Kampf gegen die liberalen Kandidaten an. Es vollzieht sich allmählig die Umgestaltung der Wahlkreise in Belgien, die so lange um die Frage, jetzt erdichtete Frage des liberalen oder liberalen Regiments sich drehen. Die Sozialisten treten allerdings als Gegner der liberalen Regierung auf, allein sie verfolgen keinen Gesinnungskrieg, die Belgier in ihnen kein Glaubensbekenntnis; die Liberalen stützen sich auf Grundbesitz und

konserervative Grundbesitz und diese allein bekämpfen die Sozialisten. Dem Ausgange der am 5. Juli stattfindenden Wahlen wird man demnach mit großem Interesse entgegensehen dürfen.

Zur Arbeiterbewegung.

— Rürnberg. — In Nürnberg wird ein partieller Brauerstreik angekündigt, der durch Beschäftigung einer der Gehilfen nicht gefählig werden soll. Peter Schürer, die Zahl der streikenden Arbeiter beträgt mehr als 20000. Der Jar ist noch nicht in Petersburg eingezogen.

Soziale Ueberzucht.

— Für den zehntägigen Maximalarbeitsstag spricht sich einer der beiden heftigsten Fabrikinspektoren in folgender Weise aus:

„Der Behnstand: unter Wahrung der für die einzelnen Industrien erforderlichen speziellen Freiheiten, erscheint als eine ohne große Schwierigkeiten durchzuführende Forderung und als eine Maßregel, welche zahlreichen, aus einer übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit entspringenden, die Gesundheit der Arbeiter gefährdenden Mängeln entgegenzuwirken geeignet ist. Sind doch zahlreiche Unglücksfälle mit Sicherheit auf eine vermehrte Spannkraft des Körpers und im Nachhinein der vollen Aufmerksamkeit durch Ueberanstrengung bei übermäßigem Arbeitsdauern zurückzuführen. Zur Begründung vorgelegter Ausföhrung führt er noch folgende Zahlen an: den diesjährigen mittels Fragebogen vorgenommenen Erhebungen an. Es wurden 211 Fabriken mit mehr als 20 Arbeitern untersucht und dabei ermittelt, daß eine zwölfteilige absolute Arbeitszeit in 3 Betrieben, eine elfstündige Arbeitszeit in 20 Betrieben, eine 10 bis 10 1/2 stündige absolute Arbeitszeit in 152 Betrieben, eine unter zehntägiger absolute Arbeitszeit in 26 Betrieben stattfand. 2, 4, 84 Prozent sämtlicher Fabriken würden bei einer gesetzlich eingeführten zehntägigen absoluten Arbeitszeit in keiner Weise berührt werden, vorausgesetzt, daß für bestimmte Zeiten eine innerhalb gewisser Grenzen sich bewegende Ueberarbeit zugelassen würde.“

Etwas von der Pferdebahn-Aktien-Gesellschaft.

Kommerzienräte, Bankiers und ähnliche arme Leute bilden die Mitglieder dieser Gesellschaft. Welche Lohn- und Arbeitsverhältnisse diese Herren den Rutschern, Kontraktoren und Stallwärtern des jetz 1881 hier bestehenden Aktienunternehmens gewährt, mag folgende Schilderung zeigen.

Die Rutschern haben von morgens 6 bis nachts 1/12 Uhr ununterbrochen Dienst und erhalten dafür 2 Mark pro Tag und am Monatslohn eventuell, je nach dem finanziellen Ergebnis im 10—12 M. Prozente von dem vereinnahmten Fahrgeld. Diese Prozente verbleiben aber fast gänzlich im Besitz der Gesellschaft, die sie für die zu zahlenden Bußen für im Dienst fast unumgängliche Versehen, für Wagenbeschädigungen u. s. w., in Form von Strafgebern einbehält. Zeit zum Mittagessen giebt es nicht. Es muß der Aufenthalt von 8 Minuten auf der Endstation am Bahnhof zum Himmelfahrtstagen derselben wahrzunehmen werden. Als 5 Tage ist ein freier Tag sein, jedoch muß fast regelmäßig von mittags bis mitternachts gefahren werden, wofür, wenn der freie Tag auf einen Wochentag fällt, 1 Mark, wenn er auf einen Sonntag fällt, nichts vergütet wird. Hier Rutschern deren freie Tage gerade auf den Himmelfahrtstag und den 1. Pfingstfeiertag fielen, mußten an diesen Tagen von 1/6 Uhr früh bis nachts 1/12 Uhr fahren und haben für jeden Tag, man dachte das: eine ganze Mark Extralohn erhalten. Man merke auf: Während die Kommerzienrats-Gesellschaft den Rutschern, welche an den freien Tagen, die auf Sonntage fallen, fahren müssen, umsonst zu arbeiten zumutet, zieht sie denjenigen, die einmal einen Tag Urlaub nachsuchen, außer dem Tagelohn von 2 Mark noch extra 50 Pf. ab.

Unter den Angestellten der Gesellschaft giebt es noch manchen, dem es Bedürfnis ist, dann und wann einmal in die Kirche zu gehen. Hierzu giebt es aber Jahr aus Jahr ein keine einzige freie Stunde. Um nun den Schaden an den Seelen des Personals ein wenig weit zu machen, läßt ein Fräulein alle Sonntage früh dem Personal gedruckte Predigten in den Wagen legen.

Nun die Kontrolloren! Sie sind alle Morgen die ersten und nachts die letzten, haben aber 1 Stunde Mittags- und 1 Stunde Abendpausen. Montags hat eine Kontrolloren von abends 7 Uhr bis morgens 1/6 Uhr frei; Dienstags der andere. Donnerstags hat wiederum der eine von nachmittags 2 Uhr ab bis zum Morgen 1/6 Uhr, Freitag der andere dergleichen frei. Beide Kontrolloren haben beim Direktor um einen ganzen freien Tag in der Woche; dies wurde aber abgelehnt. Wenn's nicht paßt — Kündigung.

Den Stallwärtern ergeht es noch übler. Die 8 Mann stehen von morgens 4 Uhr bis abends 7 Uhr in anstrengendster Arbeit. Zwei von diesen Männern stehen überdies noch abends 3 Stunden länger, also bis 10 Uhr, und erhalten für die 3 Stunden Extralohn 50 Pf. über den Tagelohn von 2 M. Von 10 Uhr abends ab muß auch stets ein Mann als Nachtwache zur Stelle sein. Diese Annehmlichkeit trifft abends jeden der 8 Mann. Die Nachtwache muß aber gleichfalls morgens 4 Uhr wieder zur Stelle sein, um bis mittags 1 Uhr Stalldienst zu thun. Dann hat er von mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr die 8 Mann des Tages frei — seinen sogenannten Sonntag. Dieser Freiheit erfreuen sich die geplagten Leute also alle 8 Tage. Wozu muß er dabei seinen Sonntag Tag ausnützen? Ganz einfach zum Schlafen, da er ja vorher von früh 4 Uhr an bis mittags 1 Uhr des folgenden Tages, mit einer Unterbrechung von nur 6 Stunden, also 27 Stunden gearbeitet hat. Schläft er trotzdem nicht, dann kann er eben den strammen Nachtdienst nicht versehen. Nach diesem geht der Mann nach Hause und muß von mittags 1 Uhr bis abends 10 Uhr wieder zum Dienst. Und so geht es dann wieder von frühem von morgens 4 bis abends 10 Uhr tagtäglich in 18 stündigen Arbeitszwänge.

Die Leute hatten beantragt, daß allemal der Mann, der die Nachtwache morgens 8 Uhr abgeht, hat, den übrigen Teil dieses Tages bis 4 Uhr morgens des nächsten Tages als Sonntag frei erhält, wodurch diese Leute alle 8 Tage

30 Stunden frei von Arbeitsleistung würden. Auch dies wurde abgelehnt: „Wenn's nicht paßt, der geht“, hieß es. Und so gingen diese Leute mit Kündigung ab, bis auf 2 Mann. Die Verhältnisse liebten aber bis heute die alten —

Selbst die bescheidensten Bitten der Unterdrückten um Milderung der bärteichen Verhältnisse werden also scharf mit der Alternative der Entlassung abgelehnt. Die Gesellschaft, die technische Direktion, weiß ganz genau, daß der „Bie'n muß! Vor der Thür lauern schon jo und so viele, die die fetten Posten“ der Rutschern und Stallkneute u. s. w. besetzen möchten. Es giebt ja so sehr viele stellenlose Leute, die eventuell noch etwas zuzulegen haben und die Stellen, wenn auch nur vorübergehend als Notbehelf betrachten. Also — raus mit Euch, ihr Unzufriedenen! — Die Herren Kommerzienräte, Bankiers, Rentiers und was die „thätigen“ Herren sonst alles sein mögen, die der Gesellschaft als Aktionäre an gehören, versehen nicht, bei jeder Gelegenheit, die sich dazu bietet, der Öffentlichkeit kundzugeben, wie sehr erfüllt von Arbeitserfolge, wie sehr für den Schutz der Armen und Bedrückten begeistert sie sind! Sie, die Vertreter der heutigen Gesellschaftsordnung, die Vertreter der Selbstsüchtigen Interessen — die sogenannten Scharfmacher im Kampfe für Religion, Ehre und Ordnung — sehen aber fasten Auges, wie sich die blühendstehenden unteren Angestellten unmaßlich für sie bei miserabler Entlohnung schämen müssen. — Wie wohlgefällig mögen die Herren schmunzeln, wenn sie erfahren, daß die eventuell zu bezahlende Sonntagspaue durch gedruckte Predigten ersetzt wird. — Wie denn — sollten vielleicht die Druckkosten derselben von einer der menschenfreundlichen Kapitalisten bezahlt werden oder gar die Tochter eines dieser Herren die geprietele Wohlthäterin der Pferdebahnritzer sein? — Deist möglich!

Lokales und Provinziales.

Salz a. S., 25. Juni 1896.

Achtung, Genossen! Schon jetzt mag jeder Wähler aus dem in der Welle zur gestrigen Nummer veröffentlichten Straßenzverzeichnis sich das Wahllokal herausfinden, in dem er abzustimmen hat, damit ihm am Wahltag unbedingte Befragungen und Wege erspart bleiben. Allerdings werden unsere vor den Wahllokalen stehenden Stimmgelände verteilt mit einem Bezugs- und Straßenzverzeichnis versehen sein, so daß sich die Wähler erforderlichen Falles an sie wenden können.

Gegen die Freisprechung des Genossen Weismann in dem gegen ihn verhandelten Prozeß wegen Majestätsbeleidigung hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Zugleich ist gegen ihn eine neue Unterredung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Die neue Beleidigung wird erlitten in der Espignakater Str. 10, in welcher das tägliche Einkommen der deutschen Fürsten angegeben ist.

Genosse Mannig ist vernommen worden wegen jener Notiz, welche zur Konstitution der Nummer 183 vom Donnerstag den 11. Juni geführt hat und welche von der Verurteilung des Genossen Dietrich in Hamburg wegen Majestätsbeleidigung handelte. In dem Abdruck des Gerichtsverhandlungsberichts wird gleichfalls eine Majestätsbeleidigung erlitten.

Zwei wichtige Prozesse werden am morgenden Freitag vor den hiesigen Gerichten verhandelt. Vor dem Schöffengericht wird der Schlichterprozeß fortgeführt werden, und vor der Zivilkammer des Landgerichts steht neuer Termin an in der Klagefache der geschädigten Existenz der Farnsbecker gegen die Wansfelder Gewerkschaft.

Stich den Pferdebahnaktionären! In vorliegenden Nummer veröffentlichten wir einen Artikel über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei der Pferdebahn Angestellten. Die Zustände sind einfach tsandalös! Leider giebt es nur Tierkühnvereine, nicht aber auch Menschenkühnvereine. Na, mehrere der Herren Aktionäre der Pferdebahn, die seit Jahr und Tag ihr Personal in so unmenschenwürdige Weise ausbeuten und schänden lassen, sind hervorragende Mitglieder des Tierkühnvereins. Ihr seid doch wohl alles Komödianten! — „Nun ja, das bringt das Geschäft einmal zu mitt' sich.“ — Für diese „Ordnung“ einzutreten, bietet sich den geplagten Angestellten am 30. Juni dadurch treffliche Gelegenheit, daß sie für Meyer, Krudt oder Kühne stimmen.

Das halleische Straßenzverzeichnis soll bekanntlich infolge Angebots der Unternehmerfirma Kramer u. Ko. durch die projektierte elektrische Straßenbahn Halle—Zeitzig eine Erweiterung erfahren, jedoch durch die Halle—Zeitzig Bahn. Da die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft infolge ihres Kontraktes mit dem Magistrat das Vorkaufsrecht auf Verlegung weiterer neuer Bahnhöfen hat, so ist auch die aufgeföhrt worden, zu dem Projekt einer Linie Niederplatz-Robert Franzstraße Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen gehen sich nun schon Monate hin und her. Auch morgen der Verhandlung der Linie Wansfelberstraße bis zur Bärenstraße nehmen die Verhandlungen kein Ende. Der Magistrat hat nunmehr endlich Genehmigung erteilt, von der auszuenden und verbleibenden Verbliebenen Gesellschaft ausgehend eine definitive Erklärung zu verlangen und zwar innerhalb 3 Tagen. Im Falle einer Verzögerung der Antwort über diese Zeit hinaus, soll angenommen werden, daß die Elektrizitäts-Gesellschaft auf die Abgabe einer Erklärung — und damit auf ihr Vorkaufsrecht — verzichtet.

Die halleische Wassergebühren-Ordnung ist vom Oberverwaltungsgericht in Berlin für ungültig erklärt worden.

Zu Anstufung. Der Schneidermeister Heinrich Schreiber, Kühnes Schwager, der für diesen eintritt, wohnt großer Berlin und ist nicht zu verwechseln mit dem Schneidermeister G. Schreiber, Weisigerstraße 15, der mit der halleischen Randbaur nicht das mindeste zu thun hat.

Die halleische Wassergebühren-Ordnung ist vom Oberverwaltungsgericht in Berlin für ungültig erklärt worden.

Giebelstein. An Krämpfen erkrankt ist am 29. die Götting in der Giebelstein, Steinstr. 2 wohnhafte Frau Marie Ch. geb. in der Weisigerstraße hier. Sie wurde mittels Krankenfordes nach den Kliniken gebracht, woselbst die Krämpfe noch zu nahmen.

Giebelstein. Sittenbild aus dem Leuchnerreiche. Es ist notorisch, daß in keinem Teile der Provinz so viele Diebstehlsfälle vorkommen, als dort, wo im Gebiet der Wansfelder Ge-